

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 05/2011

Ausstieg mit Augenmaß – Persönliche Notizen

„Die Katastrophe in Japan hat geradezu apokalyptisches Ausmaß“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Regierungserklärung zur aktuellen Lage in Japan an diesem Donnerstag im Deutschen Bundestag. Die Bundeskanzlerin sicherte dem japanischen Volk und der japanischen Regierung nach der dreifachen Katastrophe durch Erdbeben, Tsunami und Reaktorunfall die Hilfe Deutschlands zu. Als Ausdruck „äußerster Vorsorge“ hat die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Aufsichtsbehörden der Bundesländer aufsichtsrechtliche Maßnahmen ergriffen und die sieben ältesten Kraftwerke in Deutschland abgeschaltet. „Es gilt der Grundsatz: Im Zweifel für die Sicherheit.“ Alle Kernkraftwerke werden überprüft, nach einem dreimonatigen Atom-Moratorium werde entschieden, ob Atomkraftwerke wieder in Betrieb gehen werden, stellte Merkel klar. Für die dreimonatige Betriebseinstellung sieht das Atomgesetz eine einschlägige Rechtsgrundlage vor. Sie wandte sich damit gegen Vorwürfe, juristisch auf unsicherer Grundlage zu handeln. Sie will in der Europäischen Union und auf der Ebene der G20-Staaten über einheitliche Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke sprechen. „Ich unterstütze die Initiative für einen EU-weiten Stresstest für Kernkraftwerke“, sagte die Kanzlerin. „Wir brauchen in der gesamten EU hohe Sicherheitsstandards.“ Die Regierung will so schnell wie möglich das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen, sagte die Bundeskanzlerin. Sie wandte sich dagegen,

die Kernkraftwerke in Deutschland abzuschalten, aber dann Strom aus Kernkraftwerken anderer europäischer Länder zu beziehen. „Das ist mit mir nicht zu machen“, stellte sie klar. „Wir brauchen einen Ausstieg mit Augenmaß“, forderte die Kanzlerin. Wer erneuerbare Energien will, darf jetzt den zügigen Ausbau neuer Stromnetze nicht verweigern, betonte Merkel im Hinblick auf das zögerliche Verhalten von SPD und Grünen beim Thema Netzausbau. Er erinnerte daran, dass unter der rot-grünen Regierungsverantwortung auf diesem Gebiet Stillstand geherrscht habe. Rot-Grün habe sich den Ausstieg mit Verzicht auf Sicherheit erkaufte, kritisierte Kauder. In der jetzigen Denkpause werde alles noch einmal sorgfältig angeschaut. Dies bedeute aber auch, dass man jetzt am Beginn noch nicht klar sagen könne, was am Ende herauskommen soll. Das wäre nicht die gewünschte Überprüfung, sondern die Fortsetzung der Ideologie, die gerade nicht herauskommen solle, unterstrich Kauder. Das jetzt beschlossene Moratorium sei die Konkretisierung der Aussage „Sicherheit zuerst!“

Rheintalbahn anwohnerfreundlich ausbauen

Gleich zu Beginn der Plenarsitzung an diesem Freitag befasste sich der Deutsche Bundestag mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Anwohnerfreundlicher Ausbau der Rheintalbahn“. Hierin wird die Bundesregie-

rung aufgefordert, die Planung hinsichtlich der Trassenführung und des Lärmschutzes zwischen Mannheim und Basel im Sinne der Menschen spürbar zu verbessern. So heißt es in dem Antrag: „Um die Akzeptanz für den ökologisch bedeutsamen Verkehrsträger Schiene nicht weiter zu gefährden, ist die Trassenführung so zu gestalten, dass Menschen und Umwelt so wenig wie möglich belastet werden. Wo es trotzdem unumgänglich ist, muss dies möglichst umwelt- und anwohnerfreundlich geschehen.“ Ausdrücklich wird die hohe Transparenz des Planungsverfahrens unter öffentlicher Beteiligung gelobt. „Ein gutes Beispiel für die Einbindung der betroffenen Bevölkerung in die Planungen des Ausbaus ist die Arbeit des Projektbeirats Rheintalbahn. In ihm diskutieren Vertreter der Deutschen Bahn AG, der Bundes- und der Landesregierung, regionale Politiker und Mitglieder der Bürgerinitiativen.“ Diese Form der modernen Bürgerbeteiligung sei sehr zu begrüßen und unbedingt fortzusetzen. Die erarbeiteten Ergebnisse des Projektbeirats begrüßt der Deutsche Bundestag mit dem von den Koalitionsfraktionen angenommenen Antrag ausdrücklich. Des weiteren fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf, die aktuellen Prognosewerte für 2025 zur Grundlage der anstehenden Planungen und Berechnungen zum Ausbau der Rheintalbahn-Strecke zu machen, in einem Modellprojekt weitere technische Innovationen für den Lärmschutz an der Rheintalbahn zu prüfen, die Umsetzung der Ergebnisse des Projektbeirates zu unterstützen, aufkommensneutrale lärmabhängige Trassenpreise obligatorisch zu machen, den Schienenbonus schrittweise abzuschaffen und die gesetzlichen Voraussetzungen für neue Planungen ab 2012 vorzulegen.

Zitat

«Wenn, wie in Japan, das scheinbar Unmögliche möglich, das absolut Unwahrscheinliche Realität wurde, dann verändert das die Lage.» (Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag im Bundestag in ihrer Regierungserklärung zu den Konsequenzen der Atomkatastrophe in Japan.)

Persönliche Notizen

1. Wahlkreis

Meine Notizen decken in dieser Ausgabe die letzten drei Wochen vom 25. Februar bis heute ab.

Der Wahlkampf ist in vollem Gange, aber auch E10, Libyen, Erdbeben, Tsunami, nukleare Katastrophe, Einmarsch Saudi-Arabiens in Bahrain und vieles mehr bewegen uns. Mit Blick auf die Kernenergie hat sich unsere Bewertung des Restrisikos geändert. Was wir bisher für unwahrscheinlich gehalten haben, ist Wirklichkeit geworden. Es gilt aus meiner Sicht aber: Wenn sich Fakten grundlegend ändern, ist es kein Zeichen von Prinzipienreue, an seiner Meinung festzuhalten, sondern eher ein Zeichen von Torheit.

Mit meinen Kollegen Bernd Hitzler, Winfried Mack und Stefan Scheffold bin ich mir einig:

1. Wir lernen aus der Japan-Katastrophe: die sofortige Abschaltung der älteren Meiler war genau richtig. Wir handeln besonnen! Jetzt wird drei Monate überprüft und das Ergebnis wird sorgfältig erarbeitet.

2. Die Energieversorgung in unserem Land ist sicher, Baden-Württemberg hat einen verlässlichen und bezahlbaren Energie-Mix! Wir müssen jetzt aber auch daran denken, noch mehr Energie zu sparen.

3. Wir gestalten diesen vernünftigen Energiemix aus fossilen und erneuerbaren Energien unter gezieltem Rückbau der Kernkraft als zeitlich begrenzte Brückentechnologie! Atomstrom aus dem Ausland zu importieren ist keine Lösung.

4. Ein zu früher Ausstieg aus der Atomkraft bedeutet höhere Energiekosten. Das kann zu Energiearmut in Teilen der Bevölkerung führen und zu erheblichen Wettbewerbsverschärfungen für unsere heimische Wirtschaft. Höhere Arbeitslosigkeit ist dabei eine ernst zu nehmende Gefahr.

5. Einen Großteil des Risikos bei einem Kraftwerksunfall wie auch die meisten Kosten für

die Endlagerung trägt der Steuerzahler. Diese Kosten sind nur zu einem Teil in die Energiekosten eingepreist! Dies sollte künftig bei der Strompreisbildung mit berücksichtigt werden.

6. Wir schaffen für unsere Heimat ein Netzwerk Erneuerbarer Energien, meinen Aktionsplan für unsere Region finden Sie unter: <http://bit.ly/bPqPDH>

7. Wir setzen auf eine bezahlbare dezentrale Energieversorgung und schaffen ein innovatives Klima für unsere mittelständische Wirtschaft und unser Handwerk.

8. Mit einem neuen Innovationslehrstuhl sowie dem Stiftungslehrstuhl Erneuerbare Energien an der Hochschule Aalen bringen wir die Forschung voran. In der Ausbildung sind unsere Berufsschulen in Aalen, Heidenheim und Ellwangen stark, wo gerade ein Innovationszentrum für moderne Energietechnik und erneuerbare Energien gebaut wird.

Zum Thema Japan und den Konsequenzen möchte ich Ihnen heute allerdings ausführlich schreiben:

Japan erlebt eine der größten Katastrophen der Menschheitsgeschichte. Ein Erdbeben von einem bisher noch nicht dagewesenen Ausmaß und eine Tsunamiwelle haben tausende Menschenleben gefordert, hunderttausende Menschen obdachlos gemacht und ganze Landstriche verwüstet. Die schrecklichen Vorfälle in Japan haben mich und meine Kollegen im Bundestag zutiefst erschüttert. Trotz aller Bilder und Nachrichten, die uns aus der Region erreichen, kann wohl niemand von uns ermessen, was es bedeutet, zunächst von einem außergewöhnlich starken Erdbeben und kurz danach von einem gewaltigen Tsunami getroffen zu werden. Unsere Gedanken sind bei den Opfern der Naturkatastrophe. Wir müssen jetzt den Menschen in Japan die erforderliche Hilfe für den Wiederaufbau zukommen lassen.

Mit großer Sorge verfolge ich besonders die kritische Lage in den betroffenen japanischen Kernkraftwerken. Der Ausfall der Kühlsysteme im Kernkraftwerk Fukushima hat eine so in der Risikoabschätzung bislang nicht vorhergese-

hene Kettenreaktion ausgelöst, deren Auswirkungen noch nicht absehbar sind.

Es ist wichtig, die unmittelbaren Folgen der Naturkatastrophe in der Diskussion nicht mit jenen des Atomunfalls zu vermengen.

Durch die Ereignisse in Fukushima werden Risiken deutlich, die man bislang in einem Hochtechnologieland mit vergleichsweise hohen Sicherheitsstandards nicht für möglich hielt. Dies wirft natürlich auch Fragen für Deutschland auf. Bei aller berechtigter Sorge ist festzustellen, dass sich an der grundsätzlichen Sicherheitslage deutscher Kernkraftwerke nichts geändert hat. Zum einen sind Tsunamis oder Erdbeben einer solchen Stärke in Deutschland nicht zu erwarten. Zum anderen zeichnen sich deutsche Kernkraftwerke international durch ihre hohen Sicherheitsstandards aus, ich behaupte aber nicht, dass es die besten Standards weltweit seien, dies ist bestimmt seit 15 Jahren nicht mehr der Fall.

Dennoch ist klar, dass die Ereignisse in Japan einen Einschnitt darstellen. Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Die Koalition hat deshalb vereinbart, die im Herbst vergangenen Jahres beschlossene Umsetzung der Laufzeitverlängerung für drei Monate auszusetzen. Diese Zeit soll zu einer gründlichen Überprüfung der Sicherheitsstandards aller 17 deutschen Kraftwerke genutzt werden. Die sieben Kernkraftwerke, die vor Ende des Jahres 1980 den Betrieb aufgenommen haben, gehen während dieser Zeit vom Netz.

Alles kommt auf den Prüfstand. Es muss gründlich geprüft werden, welche Sicherheitslücken bestehen und in Japan zu den Nuklearunfällen geführt haben. Es ist insbesondere zu prüfen, ob die Ereignisse von Japan zu einer Ergänzung der Kühlsysteme führen müssen. Auch die Gefahren aus einem Flugzeugabsturz müssen neu bewertet werden. Sollte die Risikoanalyse zeigen, dass die aktuellen Sicherheitsbestimmungen keinen ausreichenden Schutz vor möglichen Schadensszenarien bieten, müssen sie geändert und diese Änderungen von den Betreibern schnellstmöglich umgesetzt werden. Kern-

kraftwerke, die nach der Überprüfung ein zu hohes Restrisiko aufweisen, müssen unverzüglich stillgelegt werden.

Offensichtlich sehen dies fast alle europäischen Staaten anders, vielleicht sollten wir uns im Wahlkreis mal über diese große Differenz nachdenken. Nun leben wir aber in Deutschland und müssen mit der Lage zurechtkommen. Ein "weiter so" hätte zu großen innenpolitischen Auseinandersetzungen geführt. Rückblickend werden wir wissen, ob unser Vorgehen richtig war.

Grundsätzlich stand für mich und meine Fraktion bereits vor den Ereignissen in Japan außer Frage, dass die Kernenergie in Deutschland lediglich eine Brückentechnologie ins "regenerative Zeitalter" ist, die aufgrund ihrer Restrisiken schnellstmöglich durch erneuerbare Energien ersetzt werden soll. Ein sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie ist jedoch nicht umsetzbar. Zum einen würde er zu einem unverhältnismäßigen Anstieg der Energiekosten für Verbraucher und Unternehmen führen. Zum anderen müsste die entstehende Lücke durch Stromimporte aus Nachbarländern gedeckt werden. Da dieser Strom zu einem großen Teil aus Kernenergie gewonnen wird, wäre dies nichts anderes als eine Unterstützung von Kernkraftwerken in unserer Nachbarschaft, die oft unsicherer sind als deutsche Reaktoren.

Der Ausbau der Netzinfrastruktur, die Weiterentwicklung von Speichertechnologien und die Erhöhung der Energieeffizienz sind für die zügige Umstellung auf regenerative Energien besonders wichtig. Diese Elemente finden sich im Energiekonzept, das die Koalition im letzten Jahr beschlossen hat und welches erstmals einen verlässlichen Weg zur Sicherstellung des Energiebedarfs in der Zukunft beschreibt. Gleichzeitig arbeitet die CDU-Fraktion an einer weiteren Beschleunigung des Umstiegs in das Zeitalter der erneuerbaren Energien. Wir wollen die Zeit bis Juni 2011 dazu nutzen, zu prüfen, ob der Ausstieg aus der Kernenergie bei Berücksichtigung der Versorgungssicherheit, sozialverträglicher Strompreise (Vermeidung sogenannter "Energiearmut") und der Wettbewerbsfähigkeit un-

serer Unternehmen schneller umgesetzt werden kann.

Die Opposition hingegen lamentiert und kritisiert. Dabei überbieten sich ihre Vertreter förmlich in der Radikalität ihrer Forderungen. Die Linke verlangt sogar ein Exportverbot für nukleare Technologien und Produkte. Eine solche Maßnahme würde den Bau neuer Kernkraftwerke im Ausland nicht verhindern. Sie hätte aber zur Folge, dass deutsche Sicherheitstechnik im Ausland nicht mehr eingesetzt werden könnte. Die Staaten, die weiterhin auf Kernkraft setzen, müssten infolgedessen unsichere Technik verwenden. Daran erkennt man die Fadenscheinigkeit solcher Argumente.

Einige Vertreter der Opposition fordern nun den "sofortigen Ausstieg". Diese Politiker bleiben aber die Antwort darauf schuldig, wie sie die dann entstehende Versorgungslücke abdecken wollen. Umso wichtiger ist es, dass die Mehrheit der Politiker nach sachlichen Kriterien entscheidet und einen vernünftigen Ausgleich der verschiedenen Zielkonflikte (Versorgungssicherheit - sozialverträgliche Preise - Umweltverträglichkeit) herbeiführt.

Energiepolitik wird nie nach dem Schema "schwarz/weiß" erfolgen können.

Auch der vielzitierte "Souverän", dessen Meinung in Umfragen ermittelt wird, hilft uns nicht weiter. Die Vorstellungen der Bevölkerung lassen sich im Energiebereich leider nicht "unter einen Hut" bringen. So ist die Mehrheit der Deutschen unter anderem

- gegen Kernenergie,
- gegen den Ausbau der Kohleenergiegewinnung,
- gegen Hochspannungsleitungen "vor der eigenen Haustür" zum Transport der erneuerbaren Energien und
- gegen Pumpwasserkraftwerke "vor der eigenen Haustür", aber
- für Sicherheit bei der Energieversorgung,

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

- für niedrige Energiepreise,
- für mehr Wohlstand,
- für mehr Technisierung,
- für umweltverträgliche Produkte und
- für eine Reduzierung der CO²-Emissionen.

Verantwortungsvolle Politiker halten keine Fensterreden, sondern setzen sich dafür ein, die oben genannten Zielkonflikte in einen vernünftigen Ausgleich zu bringen. Dieser Aufgabe fühle ich mich in besonderem Maße verpflichtet.

Persönlich war ich gegen eine Verlängerung der sogenannten Altkraftwerke, also derjenigen, die vor 1980 ans Netz gegangen sind. Politische Arbeit ist sinnvoll nur über balancierte Kompromisse möglich, abgesehen von Grundrechts-/Menschrechtsfragen. Allerdings fand ich den im Energiekonzept der Bundesregierung gefundenen Kompromiss verbunden mit der Brennelementesteuer und den Investitionen in die EEN hilfreich, deshalb habe ich auch zugestimmt. Für unsere Region habe ich ja einen Aktionsplan EEN erarbeitet, er trägt erste Früchte, wie z.B. den Aufbau des Stiftungslehrstuhls EEN an unserer Aalener Hochschule. Er soll der anwendungsorientierten Forschung für unsere mittelständische Wirtschaft dienen.

Mit dem sogenannten dreimonatigen "Moratorium" wollen wir unsere Entscheidungen nochmals überdenken, zugleich - so denke ich - wird der Bevölkerung damit hoffentlich deutlich, dass wir nicht „ad hoc“ der Wahlen wegen aussetzen, sondern über den Tag hinaus uns Gedanken machen und hoffentlich nach dieser Zeit zu einem vernünftigen Ergebnis kommen.

Zu E10 möchte ich sagen, dass unsere Autofirmen in den USA dieselben Fahrzeugen wie hier auf dem Markt haben, die aber ohne Veränderung oder Umbau sogar E25 aushalten! Wohl nicht nur eine Frage des Marketings.

Im Wahlkreis hatte ich in den letzten Wochenetliche kernige und sehr gut besuchte Diskussionsveranstaltungen in Zipplingen, Hofherrn-

weiler, Giengen, Essingen, Aalen, Heidenheim und Zofingen.

Fasching: durch eine wegen der aktuellen Ereignisse kurzfristig angesetzte USA-Reise von Rosenmontag bis Aschermittwoch war der Fasching auf die Vortage beschränkt, aber dennoch intensiv: Virngrundkrähen in Ellwangen, Prunksitzung der AFZ in Aalen, Riesenfaschingsumzug in Dischingen und die traditionelle Prunksitzung der Schlaggawäscher in Oberkochen.

Weitere Ereignisse waren der Besuch der Landesumweltministerin Tanja Gönner in Unterkochen, der Besuch von Bundesforschungsministerin Schavan in Ellwangen, unser Wahlkampfhöhepunkt mit Ministerpräsident Mappus in Ebnat, wo neben vielen hundert Freunden unserer Partei auch mein Vorgänger im Amt Georg Brunnhuber und Winfried Macks Vorgänger Gustav Wabro teilgenommen haben. Unsere Partei hält in der Krise zusammen!

Fachthemen und-besuche waren verknüpft mit Fragen zu Elektrosmog in unserer Region, der Weiterbildungsakademie der Hochschule Aalen, die Lage in Nordafrika an der Waldorfschule Heidenheim, ein Firmenbesuch bei Euraconsult und anschließender Spatenstich in Neunheim.

Beeindruckend ist das ehrenamtliche Engagement, das ich bei der Hauptversammlung des Blasmusikverbandes Heidenheim in Auernheim vergangenen Freitag erleben durfte.

Ein Ereignis der besonderen Art war in Benzenzimmern das Straßenfest der Bürgerinitiativen im östlichen Ostalbkreis, hier haben sinnvolle Argumente und beherztes Handeln zu einer erheblichen Verkehrsentslastung geführt.

Nächste Woche ist bereits wieder eine Sitzungswoche in Berlin, so dient das Wochenende dem Wahlkampf und so spannenden Ereignissen wie dem Fußballspiel Heidenheim-Aalen in HDH am Samstag, das ich mir mit meiner Frau anschauen werde. Heute Abend bin ich beim Kreisschützentag in Eglingen und beim 40jährigen Jubiläum der CDU Tannhausen – HERZLICHEN GLÜCK-WUNSCH!

2. Berlin

Diese Woche hatte ich wieder Besuch aus dem Wahlkreis, Tobias Hauschka vom Gymnasium Wasseralfingen war zu einem Kurzpraktikum zu Besuch. Frau Sarah Fröhlich hat ihr vierwöchiges, sehr erfolgreiches Praktikum beendet, ebenso Frau Aline Soares von der Konrad-Adenauer-Stiftung aus Brasilien. Die nächsten Praktikanten kommen im Mai in unser Büro. Mit Frau Kristin Lindner habe ich nach sechsjähriger Tätigkeit im Büro ihr Arbeitsverhältnis beendet, herzlichen Dank für ihr Engagement und alles Gute für die Zukunft.

Die politische Arbeit in Berlin war eindeutig von den Entwicklungen beim Euro, in Japan und Libyen bestimmt. Alles andere wurde auf die nächsten Sitzungswochen vertagt. Für Baden-Württemberg und unser Verkehrsnetz hat heute Landesumwelt- und Verkehrsministerin Tanja Gönner im Bundestag hervorragend gesprochen.

Die weiteren Themen finden Sie wie immer im Vorspann zu meinen persönlichen Notizen.

Heute gab es zusätzlich eine Fraktionssitzung und eine Regierungserklärung darüber, warum Deutschland sich im Weltsicherheitsrat bei der Abstimmung über eine Flugverbotszone enthalten hat. Ich habe mich in der Fraktion dazu geäußert, dass eine Flugverbotszone ohne Bodentruppen nur der halbe Weg ist. Da das Mandat keine Bodentruppen vorsieht, war es gut, dass Deutschland sich enthalten hat. Ohne Bodentruppen wird sich die Lage für das libysche Volk nicht rasch verbessern.

Mit herzlichen Grüßen



Ihr und Euer Roderich Kiesewetter